Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in Kiosken erhältlich

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Feuilleton . Das Bild der Woche

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile 30 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., Reklamezeile (anschl. an den textlichen Teil einer Textseite) [illegible] Anzeigenannahme: „Das Inserat", Abg. Inseratenexpedition, Filiale Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 27 [illegible], Postscheck Dresden 30 [illegible]. Redaktion und Expedition: Dresden-A., Güterbahnhofstraße 2, Tel. 17 [illegible] frei Haus monatlich 2.20 M. (im voraus zahlbar), durch die Post [illegible] Zustellgebühr. Die Arbeiterstimme erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises. Verantwortlich für Inhalt: Otto Gäbel, Dresden; Ausland: Alfred Friedrich, Berlin; übriger Teil: Erich [illegible]mann, Dresden; Inserate: Fritz Müller, Dresden; Druck u. Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft, Dresden, Güterbahnhofstr. 2, Tel. 17[illegible], Postscheck Dresden [illegible]

8. Jahrgang — Dresden, Donnerstag den 24. November 1932 — Nummer 268

Verstärkt die rote Presseoffensive
Unsere Zeitung gehört in jedes Arbeiterhaus. Macht die roten Wähler zu unseren Lesern. Gestaltet den kommenden Sonntag zu einem
Großwerbetag!

Massensturm gegen drohende Nazi-Koalition
und gegen das Chemnitzer Todesurteil!

Streiks und Arbeiterdemonstrationen im ganzen Reich . Gewaltige Protestfront der Werktätigen Deutschlands gegen die Pläne des faschistischen Regimes . Steigert die Einheitsfrontaktion!

Unser Kampfruf
von der Tribüne des Sächsischen Landtages

Der am heutigen Tage zusammentritt und dessen Tagung die Kommunisten zur **Bekräftigung der proletarischen Forderungen** ausnutzen werden, gilt in erster Linie den von der Bourgeoisie ins Auge gefaßten Plänen der Verschärfung des faschistischen Regimes. Er gilt darüber hinaus der **Freilassung des zum Tode verurteilten Arbeiters Bartl** und er gilt nicht zuletzt der Mobilisation der von Hunger und Frost gepeinigten Arbeitermassen, insbesondere der Erwerbslosen!

Nichts läßt die Rolle der Kommunisten als Führer der Massen, in derem Kampfe gegen faschistische Unterjochung gegen Hunger und Not so deutlich erkennen, als die Tatsache, daß sie aus Anlaß der heute beginnenden Tagung des Sächsischen Landtages eine große Zahl von Anträgen gestellt haben, für die zur gleichen Zeit eine breite Kampfbewegung der Massen begonnen hat. In den vielgestaltigsten Formen dieser Massenkampfbewegung drückt sich die alle Arbeiter ermunternde Tatsache aus:

Das proletarische Deutschland marschiert gegen den Faschismus

Massendemonstrationen und Streikbeschlüsse zeigen, daß die deutschen Arbeiter wissen, was ihnen durch die weitere Verschärfung der faschistischen Diktatur droht. Schon jammert die Bourgeoisie über die sich immer machtvoller formierende Kampffront der Arbeiterbataillone gegen die drohende Nazikoalition!

So meldet der Jungdeutsche, nachdem er mitteilt, daß sich die Industriellen offen für Hitlers Regierungsbeteiligung einsetzen, folgendes:

„Von industrieller Seite dürfte die Auffassung vertreten werden, daß schwerwiegende Streikgefahren bestehen. Diese Gefahr ist selbstverständlich äußerst ernst zu nehmen. Wenn es dazu käme, würde unserer Wirtschaft dadurch nahezu der Todesstoß versetzt werden. Uebrigens dürfte sich die Einflußnahme der Industrie nicht nur auf die Nationalsozialisten, sondern auf alle beteiligten Parteien bezogen haben."

Während die Industriellen in diesen Tönen nach Hitlers Hilfe gegen Streiks rufen, rufen die Nationalsozialisten selbst nach der Polizei gegen die Erwerbslosen.

Jawohl! Was Hitler und seine Korona will, das ist die Steigerung des Papenregiments und damit des Elends und des Hungers.

Nazis schreien nach Polizei gegen Erwerbslose

Der sächsische Freiheitskampf, der Völkische Beobachter und die ganze Nazipresse veröffentlichen gestern einen Artikel über die „Steigende Aktivität des Bolschewismus in Deutschland". Dieser Artikel ist ein frecher Angriff gegen die vom Reichserwerbslosenausschuß eingeleitete Kampagne zur

Rettung vor Hunger und Frost

für Oeffnung der Lebensmittelspeicher und Kohlenhalden für die Erwerbslosen. Offen rufen diese braunen Banditen, während sie im luxuriösen „Kaiserhof" mit Hochfinanz und Adel paktieren, gegen die hungernden Erwerbslosen nach dem Staatsanwalt und der Polizei.

Was Brot! Was Kohle! Was Kartoffeln!

Die Hitler und Goebbels pfeifen auf die Not der Erwerbslosen.

Sie wollen den Kapitalisten zeigen, daß sie brave Soldaten, gehorsame Landsknechte der Scharfmacher sind.

Das zeigt sich schon jetzt überall dort,

wo die Nazis regieren

Nehmen wir nur aus der Fülle der Beispiele das der Naziherrschaft in Thüringen.

Dort werden Betriebe stillgelegt. Wie jetzt erst die Staatsschieferbrüche in Lehesten, dort machen Gemeinden bankrot, dort steigt die Massennot ins unermeßliche! Nicht anders ist es in Mecklenburg und in Anhalt.

So wie dort, so wollen die Nazis, wenn sie erst das Präsidialkabinett mit den übrigen Kräften der faschistischen Reaktion gebildet haben, den Lohnabbau verschärfen, die Arbeitslosigkeit und die politische Unterdrückung der Arbeiterschaft steigern. Sie wollen das Leichentuch des Hungers und des Mordes über das proletarische Deutschland ziehen.

Aber schon brodelt es in den Betrieben. Das deutsche Proletariat will nicht ruhig zusehen, wenn eine Herrenschicht darüber beratet, wie man das werktätige Volk weiter und schlimmer niederhalten soll. An jeden Proletarier, gleich welcher Gesinnung er ist, richtet sich das Mahnwort:

Verständige dich schnell mit deinem Kollegen, mit deinem Klassengenossen! Die herrschende Klasse bereitet entscheidende Schläge gegen euch alle vor.

Rote Einheitsfront, sei gerüstet!

Heraus mit Bartl
aus dem Kerker!

Die kommunistische Fraktion des Sächsischen Landtages hat anläßlich des heutigen Beginns der Landtagstagung folgenden Antrag gegen das Todesurteil am Arbeiter Bartl gestellt:

„Das Todesurteil gegen den Arbeiter Ferdinand Bartl in Chemnitz hat in den breitesten Schichten der werktätigen Bevölkerung Deutschlands eine ungeheure Empörung ausgelöst.

Der gesamte Tatbestand zeigt, daß es sich keineswegs um einen überlegten Mord handelt, sondern daß der Arbeiter Bartl beim Verlassen des Lokals angegriffen und mißhandelt wurde und es so zur Schießerei kam.

Es ist klar zu erkennen, daß es sich um ein politisches Tendenzurteil handelt.

Wir beantragen deshalb:

1. **das Todesurteil an dem Arbeiter Ferdinand Bartl aufzuheben;**
2. **anzuordnen, daß in der Berufungsverhandlung die Anklage keinesfalls von demselben Staatsanwalt vertreten wird.**

Proteststurm in sächsischen Betrieben
für die Aufhebung des Todesurteils gegen Bartl

Millionen Arbeiter in ganz Deutschland protestieren in leidenschaftlicher Empörung gegen das unerhörte Schreckensurteil, das das Chemnitzer Schwurgericht gegen den Arbeiter Bartl fällte. Millionen Arbeiter sind bereit, alle ihre Kräfte einzusetzen, um den Arbeiter Bartl vor dem Henkerbeil zu retten und den Kampf gegen Klassenjustiz und faschistische Diktatur aufzunehmen. In der Kampffront gegen das Todesurteil stehen vor allem auch die sächsischen Betriebe, aus denen wir folgende Protestaktionen melden können:

Betriebe beschließen Proteststreik

Die Belegschaft der **Carbidfabrik Hirschfelde** legt in ihrer einstimmig angenommenen Protestresolution, daß die Belegschaft bereit ist, in den Proteststreik zu treten, wenn das Todesurteil nicht aufgehoben wird.

Einstimmig beschloß eine Belegschaftsversammlung der Firma **Richalt in Freital**, mit der Waffe des Proteststreikes die Aufhebung des Todesurteils durchzusetzen.

Die Früh- und Mittagsschicht der Bergarbeiter der Gewerkschaft **„Deutschland", Oelsnitz i. E.**, mit ca. 1600 Mann Belegschaft, fordert die Freilassung Bartls und aller politischen Gefangenen, andernfalls sie beschließen wird, in den Proteststreik einzutreten.

Der Arbeiterrat des **Sachsenwerkes, Niedersedlitz**, sandte an das Justizministerium eine Protestresolution.

Die Belegschaft von **Seidel und Naumann** sammelte bis gestern bereits 500 Protestunterschriften.

Die Arbeiter der **Güterabfertigung Dresden-Altstadt** sowie eine Abteilungsversammlung des Betriebes **Bergmann** nahmen Protestresolutionen an.

Eine Belegschaftsversammlung der Firma **Ullmann und Heinze in Mulda** gelobt, alle Kräfte zur Aufhebung des Todesurteils einzusetzen.

Die **Fürsorgearbeiter** des Dammbaues **Dresden-Kaditz** drückten einstimmig schärfsten Protest gegen das Todesurteil aus.

Aehnliche Protestentschließungen wurden vom Gesamtbetriebsrat der **städtischen Betriebe Chemnitz**, von den Belegschaftsversammlungen der Firmen **Gebrüder Göritz, Chemnitz, Schubert und Salzer, Chemnitz, Crimmitschauer Trikotagenfabrik**, vom Gesamtbetriebsrat der **städtischen Werke in Limbach** usw. gefaßt.

Im Namen von 125 000 Mitgliedern proletarischer Kulturorganisationen Sachsens protestiert die Bezirksleitung der **Ifa** gegen das Schreckensurteil. Außerdem faßten gleichlautende scharfe Protestresolutionen die Mitglieder des **Arbeiter-Wassersportvereins Dresden 1920**, das **Kulturkartell Dresden-Neustadt**, die UB-Leitung der **Ifa Dresden**, die Untergaukonferenz des **Arbeiter-Theater-Bundes** Dresden, die **Jungtextiler** der Industrieschule Chemnitz, eine von ca. 500 Personen besuchte Veranstaltung der **roten Sportler Werdaus**, der **roten Sportler von Oelsnitz i. E.**, sowie eine **Bauernkonferenz in Eibenstock**, an der zahlreiche Bauern aus Eibenstock, Wildenthal und Bermsgrün teilnahmen.

Die Zeichen stehen auf Sturm
Kurs auf eine Präsidialregierung mit den Nazis

Gestern nachmittag wurde das Antwortschreiben Hitlers an Hindenburg übergeben. Nach den vorliegenden Mitteilungen erklärte Hitler, es sei ihm nicht möglich, eine Regierung zu bilden, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützt. Das Schreiben sagt weiter,

daß der NSDAP die Bildung einer parlamentarischen Regierung überhaupt unzweckmäßig erscheine, nachdem durch die Bildung der Präsidialregierung (Papenregierung) eine neue Form gefunden sei. Infolgedessen sei die NSDAP für ein Präsidialkabinett und Hitler und seine Partei würden sich „zur Verfügung" stellen.

Das sind der Herzog von Sachsen-Koburg und der frühere Reichsbankpräsident Schacht.

Beide laufen Hindenburg die Bude ein, um zur endlichen Verwirklichung eines Präsidialkabinetts unter Heranziehung der Nationalsozialisten zu kommen.

Die Forderung nach der Kanzlerschaft Hitlers ist in der Antwort weder erneut ausgesprochen noch ausdrücklich fallen gelassen, sondern absichtlich offen gehalten worden. Nach weiteren Meldungen ist die NSDAP damit einverstanden, daß eine offiziell der NSDAP nicht angehörende Person, der sie das „Vertrauen schenkt", Kanzler wird und in diesem Falle wollen die Nazis sich direkt an der Regierung beteiligen, wenn sie das Innenministerium, andere Reichsministerien und den Posten des Reichskommissars in Preußen erhalten. In diesem Falle wünschen die Nazis als Kanzler Schacht, nach anderen Mitteilungen Cuno und gar den Herzog von Koburg-Gotha.

So schreibt der gestrige „Freiheitskampf" und auch der „Völkische Beobachter" schon lobende Reklame für Schacht, über den sich die Naziblättchen bald vollmachen.

Wenngleich die Nazipresse dabei solche Forderungen Schachts mit großem Schriftaufwand [illegible] Schachts Liebesbeteuerungen für Hitler [illegible]

[illegible]

Gegenwärtig verhandeln sowohl der Herzog von Koburg als auch der ehemalige Reichsbankpräsident Schacht [illegible]